

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 14

Artikel: Offene Fragen zur Öffnung
Autor: Bruderer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094229>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Offene Fragen zur Öffnung

Die Parteikonferenz von Moskau ist zu Ende. Man kann eine erste Beurteilung vornehmen und sie an den Erwartungen messen. Das Hauptfazit sieht so aus: Die Frage der Parteimacht ist gestellt (eine enorme Anfechtung), aber noch nicht beantwortet.

Wenn man die unzähligen vor der Konferenz veröffentlichten Leserbriefe, welche Stellungnahmen zu den Konferenzthesen sowie eigene Vorschläge enthielten, und die vielen publizistischen Beiträge zusammenfasst, kristallisierten sich folgende Erwartungen für die Konferenz heraus:

- Weiterverfolgung der Perestrojka: wirtschaftliche und politische Neugestaltung;
- Ausbau der Glasnost, dem Hauptinstrument der Perestrojka;
- Funktions- und Aufgabentrennung der Partei- und Staatsinstanzen;
- Schaffung von Garantien für die Unumkehrbarkeit des Reformprozesses.

Obschon vor der Konferenz in teilweise dramatischer Weise auf die Gefahren von Gorbatschows Reformen hingewiesen wurde, war

vorausgesehen, dass die Perestrojka als solche kaum angegriffen oder gar abgewürgt würde. Schon deshalb nicht, weil keine Alternative für den Ausweg aus dem wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Rückstand des Landes in Sichtweite ist.

In der Tat wurde die Notwendigkeit von Reformen auch von keinem Redner in Frage gestellt. Dies, obwohl sich der grösste Teil der Konferenzteilnehmer, wenn nicht gar konservativ oder reformunwillig, so doch mindestens unschlüssig und abwartend verhielt. Mehr als «im Prinzip ja» hat die Konferenz nicht gesagt. Die wichtige und brennende Frage nach dem «Wie» blieb unbeantwortet.

Prüfstein ist die Glasnost

Ganz anders verhält es sich mit der Frage der Transparenz und Offenheit. Hier prallten in hitzigen Redeschlachten die verschiedenen Ansichten aufeinander. Natürlich wurde die Glasnost von niemandem offen abgelehnt, aber die Haltung vieler Delegierten drückte ein «Nicht so», «Nicht soviel» und «Nicht so schnell» aus. Wenn man in Betracht zieht, dass schon vor der Konferenz die Glasnost als unumgängliche Voraussetzung für die Neugestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung betrachtet wurde, haben sich die Glasnost-Gegner als eindeutige Perestrojka-Gegner zu erkennen gegeben.

Trotzdem darf man sich nicht der Tatsache verschliessen, dass das, was manche Beobachter nur als «Stil» der Konferenz bezeichneten, in Wirklichkeit eine eindruckliche Demonstration von Glasnost war. Diese drückte sich beispielsweise darin aus, dass höchste Parteiführer für die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit öffentlich verantwortlich gemacht wurden. Dieses Beispiel wird zweifellos eine Signalwirkung haben, auch nach der Konferenz und ausserhalb der Partei.

Widersprüchlich ist das Ergebnis der Konferenz in bezug auf die konsequente Trennung zwischen Partei- und Staatsorganen.

Einheitsverkörperung der Gewaltentrennung

Widersprüchlich deshalb, weil die Trennung an sich von Gorbatschow und vielen Rednern einerseits zwar befürwortet wurde, andererseits aber Gorbatschow selbst den überraschenden Antrag machte, der Parteichef solle zugleich Staatschef mit erweiterten Befugnissen sein. Das widerspricht natürlich zunächst der proklamierten Gewaltentrennung. Selbst wenn man annimmt, dass Gorbatschow diese neue Machtkonzentration nicht aus diktatorischen Machtgelüsten postuliert, sondern lediglich um seine Reformpläne verwirklichen zu können, bleibt ein ungutes Gefühl zurück. (*Das Gefühl kann etwas besser werden, wenn man wahrnimmt, dass die Ämterkumulation bis auf dekorative Werte überhaupt nichts bedeuten würde, falls das separate Amt des Staatspräsidenten nicht in echter Weise aufgewertet wäre; cb.*) Wahrscheinlich dasselbe Gefühl, das die über 200 Delegierten hatten, als sie gegen diesen Antrag stimmten. Was dies angeht, ist bei vielen politisch denkenden Bürgern doch Enttäuschung zu erwarten, denn Zentralisation und Machtkonzentration haben bisher in der Sowjetgeschichte noch nie Gutes hervorgebracht.

Wahrscheinlich dasselbe Gefühl, das die über 200 Delegierten hatten, als sie gegen diesen Antrag stimmten. Was dies angeht, ist bei vielen politisch denkenden Bürgern doch Enttäuschung zu erwarten, denn Zentralisation und Machtkonzentration haben bisher in der Sowjetgeschichte noch nie Gutes hervorgebracht.

Perestrojka-Sicherstellung war nicht drin

Die vorher eifrig diskutierte Frage der Absicherung gegen eine Rückkehr der stalinistischen Methoden und gegen die Unumkehrbarkeit der Reformen blieb unbeantwortet.

In dieser Nummer

Ziel verdeutlicht 4	Die historische Parteikonferenz in Moskau
Einebenen 8	Die rumänische Dörferzerstörung
Kindersamisdat in Polen 12	Ein spezieller Fall der Untergrundliteratur
Nicht wiederherstellbar 14	Beat Krättli über Aghanistan
Frieden ohne Unita? 18	Über die Lage in Angola
Interview mit Unita-Chef 19	Jonas Savimbi sprach mit Jacques Baumgartner
Kontext zum Abschluss 20	Der Golfkrieg und die Amerikaner

In dieser Hinsicht war mehr erwartet worden, als die von der Präsidiumtribüne aus verkündeten Zusicherungen und Beschwörungen dieser Art: «Wir sind besser, wir machen es anders, glaubt uns, dass wir gut sind.» Der Vertrauensmissbrauch während 70 Jahren hat nun bewirkt, dass Absichtserklärungen allein heute wenig Gewicht haben. Was zählt, sind Taten und Tatsachen. Und solche hat die Perestrojka seit Beginn ihres Bestehens vor drei Jahren nach Ansicht der Konferenzteilnehmer und nach einem Eingeständnis von Gorbatschow sehr spärlich vorzuweisen.

Eine «naive» Frage, die zuvor unmöglich gewesen wäre

Die Reaktion auf diese von der Konferenz unbeantwortet gelassene Frage nach Garantien ist auch schon da.

Am 3. Juli, kurz nach Abschluss der Konferenz, konnte man in der Zeitung «Moskowskije nowosti» lesen: «In einem Einparteiensystem ist die Gefahr des Personenkultes sehr gross, wenn es keinen durchdachten Mechanismus rechtlicher oder politischer Garantien gibt.» In die gleiche Richtung weist auch die scheinbar naive (aber wahrhaft revolutionäre) Frage eines Konferenzteilnehmers: «Kann es in einem Einparteiensystem überhaupt Pluralismus und Demokratie geben?» Diese grundsätzliche Frage liegt schon seit einiger Zeit in der Luft.

Wesentlich ist nicht, dass man, wie Jelzin es gerne hätte, die Reformen ungestüm vorantreibt, oder, wie es Ligatschow möchte, die Glasnost einschränkt, sondern einzig und allein, ob man die Machtverhältnisse ändert. In diesem Punkt sind sich beide Seiten, Reformbeschleuniger wie Reformbremsen, sowie auch der jovial vermittelnde, Selbstsicherheit ausstrahlende Gorbatschow einig. Dieselbe Partei, die mit der Oktoberrevolution die Sowjetmacht gefestigt hat, die Diktatur Stalins, den Nachkriegsexpansionismus, den Voluntarismus Chruschtschows und die Stagnation und Korruption unter Breschnew ermöglicht und geduldet hat, diese Partei, und nur sie allein, soll als «Avantgarde des Sozialismus» weiter die führende Rolle in der Gesellschaft und im Staat spielen. *(Ob man freilich die führende Rolle mit moralischer Autorität oder mit repressiver Autorität spielt, ist eine Frage von Belang, und sie ist gestellt.)*

Die einzige echte Garantie für die Unumkehrbarkeit der politischen Prozesse und die wirkliche Neugestaltung, nämlich eine legale Opposition im Rahmen eines Mehrparteiensystems, konnte diese Konferenz ihren Bürgern nicht geben. Es ist demnach nicht auszuschliessen, dass die Rücktrittsforderung, welche diese Konferenz an die Adresse des Parteiführers und Staatspräsidenten Gromyko richtete, sich einmal an die Adresse der heutigen «Avantgarde» richten wird. ■

Liebe Leser

Die Moskauer Parteikonferenz hat sich in ihrer Hauptresolution zur Perestrojka bekannt und mit fünf weiteren Entschliessungstexten die Thematik abgesteckt: 1. die Demokratisierung der Gesellschaft und die Reform des politischen Systems; 2. der Kampf gegen den Bürokratismus; 3. die «internationalen» Beziehungen (d. h. hier die Beziehungen zwischen den verschiedenen Sowjetvölkern); 4. die Glasnost; 5. die Justizreform.

Das entspricht dem thematischen Fächer, der sich in den beiden letzten Jahren aufgetan hat, und dass er nicht wieder eingeengt wurde (wonach es zwischenhinein auch ausgesehen hatte), ist eine keineswegs selbstverständliche Bestätigung: Abgeblasen wurde die Perestrojka weder in ihrer Gesamtheit noch in ihren Hauptvorhaben. Es geht also weiter, und nun ist wieder das Zentralkomitee dran, das den Beschlüssen zur Verwirklichung helfen soll.

Unsere heutigen Beiträge zur Parteikonferenz (nebenstehend und auf den folgenden Seiten) machen einmal mehr deutlich, dass es das Verwirklichungsstadium ist, das am meisten Mühe macht. Dass die Umgestaltung das System stärken soll, zu dem sie im Gegensatz steht, bleibt eine Widersprüchlichkeit, die sich nicht ewig dialektisch überspielen lässt.

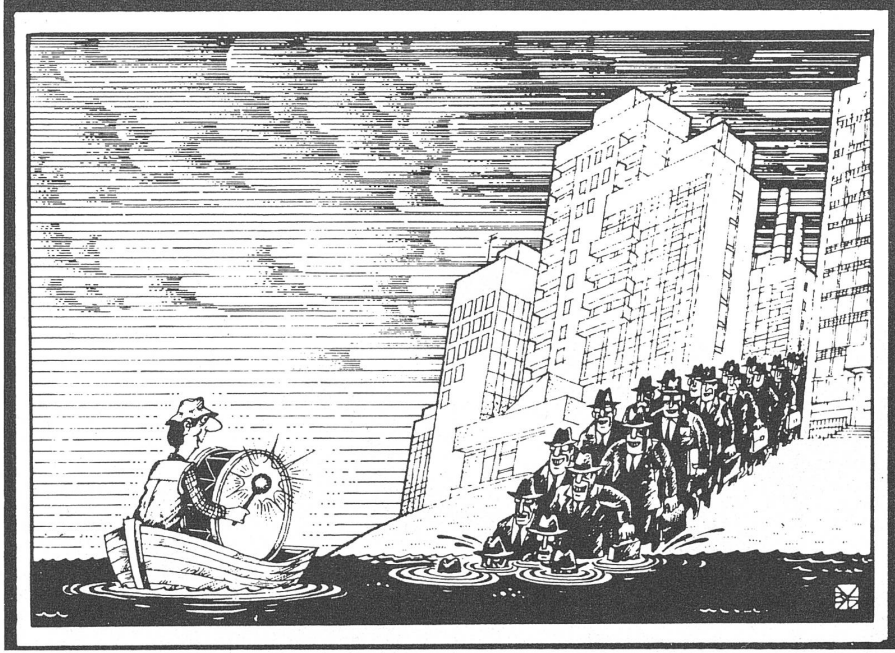


Der seitherige Besuch des ungarischen Partei- und Regierungschefs Karoly Grosz in Moskau erinnert daran, dass es noch ein Osteuropa gibt, dessen ungelöste Probleme sich auch unabhängig von der deklarierten Perestrojka-Problematik bemerkbar machen. Der Konflikt zwischen Rumänien und Ungarn (siehe S. 8) hat natürlich mit dem völlig unmöglichen Regime von Ceausescu zu tun, aber nicht nur. Osteuropa ist nach dem Ersten Weltkrieg willkürlich zergliedert und nach dem Zweiten Weltkrieg zwangsvereinheitlicht worden; wieviel von beidem wie lange noch Bestand haben kann, wird allmählich die Frage.



Wenn das Sowjetlager zur Diskussion steht, steht es auch der Rest der Welt. Wird die Präsenz der sowjetischen Supermacht in der Welt nun stärker, schwächer oder nur anders? Mit Beat Krättli sprachen wir über den Testfall Afghanistan (S. 14), und der Chef der angolanschen Befreiungsbewegung Unita, Jonas Savimbi, gab Jacques Baumgartner für das Zeitbild ein Interview (S. 19). *Christian Brügger*

НЕТ ПРОБЛЕМ? Рисунок Владимира УБОРЕВИЧА-БОРОВСКОГО



Karikatur aus «Ogonjok», Moskau, Nr. 26/1988, Rabenschwarzer Pessimismus spricht aus diesem Stück der Karikaturenrubrik «Kein Problem?». Indessen löst der schwarze Humor den sozialistischen Pflichtoptimismus von Jahrzehnten ab und ist allemal noch besser als die alte Verlogenheit.